

Habecks nächster Energiewende-Turbo? Die 58 Forderungen der Windkraft-Lobby

Stand: 22.03.2023 | Lesedauer: 5 Minuten



Von Daniel Wetzel
Wirtschaftsredakteur



Quelle: Getty Images/Westend61

Deutschland braucht mehr Ökostrom, vor allem die Windkraft muss zulegen. Doch die Anreize genügen offenbar nicht, zu wenige Investoren haben Interesse am Bau neuer Anlagen. Der Windkraft-Gipfel soll nun weitere Erleichterungen bringen. Für Habeck steht viel auf dem Spiel.

Kaum eine Industriebranche ist derzeit so privilegiert wie die Ökostrom-Industrie. Die Bundesregierung liest insbesondere den Windpark-Projektierern und den Herstellern von Turbinen und Türmen jeden Wunsch von den Augen ab. Der Grund: Windkraft ist das Arbeitspferd der Energiewende. Wenn nicht genug Drehflügel gebaut werden, scheitert Deutschland an [Kohleausstieg](#) ([/politik/deutschland/article244357255/Gruene-wollen-Kohleausstieg-in-Ostdeutschland-auf-2030-vorziehen.html](#)) und Klimazielen.

Bereits im Juli vergangenen Jahres wollte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Ökostrom-Branchen „entfesseln“. In einem „Osterpaket“ genannten Maßnahmenkatalog wurden zwei Prozent der Landesfläche per Gesetz für den Bau von Windrädern reserviert.

Klagende Anwohner oder Naturschützer wurden mit der gesetzlichen Bestimmung ausgebremst, derzufolge der Bau von Windrädern von nun an „im überragenden öffentlichen Interesse“ liege.

Der SPD-Abgeordnete Matthias Miersch feierte damals „das größte Gesetzespaket seit Verabschiedung des EEG im Jahr 2000“. Schließlich erhöhte die Bundesnetzagentur im vergangenen Jahr noch die Einspeisevergütung für Windstrom, während Minister Habeck den Herstellern von Windkraft-Turbinen eine Abnahmegarantie versprach.

Nichts sollte dem Turmbau im Wege stehen.

Doch der Turbo zündete nicht. Als die Bundesnetzagentur am 1. Februar Fördergelder nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auslobte, blieb die Auktion erneut, wie schon im vergangenen Jahr, deutlich unterzeichnet. Für weniger als die Hälfte der ausgeschriebenen Projekte über 3200 Megawatt Windkraft fanden sich Interessenten.

Hermann Albers, Präsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE), sprach angesichts des enttäuschenden Ergebnisses von „Nachwehen des Vorjahres“. Das sei schließlich von zahlreichen Unsicherheiten geprägt gewesen.

Nachdem bis Mitte März in ganz Süddeutschland nur drei neue Windräder genehmigt wurden, wuchs aber die Nervosität des Windkraft-Lobbyisten. „Ein Armutszeugnis für den deutschen Süden“, urteilte Albers: „Die Bundesländer müssen jetzt endlich handeln, sonst setzen sie mutwillig ihre Industrie aufs Spiel.“

Habeck will die nächste Stufe seines Energiewende-Turbos zünden

In den gesamten Prozess müsse „nun dringend Bewegung kommen, sonst droht die Zielverfehlung und damit ein erheblicher Schaden für den Standort Deutschland“.

Auf einem Windkraftgipfel an diesem Mittwoch will Habeck nun eine weitere Stufe seines Energiewende-Turbos zünden. Seine Hoffnung ist, dass der Nachbrenner endlich Schub entfaltet.

Denn zur Förderung ausgeschrieben werden vom Bund in diesem Jahr 12,8 Gigawatt Windkraft, dreimal mehr als in den vergangenen Jahren. Nur mit diesen Mengen lässt sich die Windkraft-Leistung in Deutschland bis 2030 wie politisch und gesetzlich vorgegeben, auf 115 Gigawatt verdoppeln.

Das Ziel würde aber schnell außer Reichweite geraten, wenn auch die nächsten drei Windkraft-Auktionen in diesem Jahr unterzeichnet blieben. Die Versteigerung von Beihilfen ist schließlich nur dann sinnvoll, wenn sich mehrere Windkraft-Investoren einen Bieterwettbewerb um knappe Fördergelder liefern.

Gibt es aber mehr Fördermittel als Interessenten, wäre die Bundesnetzagentur gezwungen, künftig weniger Windkraftprojekte auszuschreiben, um ihre Auktionen nicht ad absurdum zu führen.

Das wäre dann ein frühes Eingeständnis, dass die für 2030 geplante Ökostrom-Kapazität sehr wahrscheinlich nicht erreicht wird. Von der hängt allerdings vieles ab, unter anderem auch, ob der Kohleausstieg wie geplant auf 2030 vorgezogen werden kann.

Anders als der vom früheren Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Jahr 2019 veranstaltete Windgipfel geht es diesmal nicht um das Verkünden großer Ambitionen. Es ist ein Spitzentreffen tief unten im Maschinenraum der Energiewende.

Ziel ist es, noch an den kleinsten Stellschrauben zu drehen, um den Ökostromern das Investieren leicht zu machen und ihnen die Risiken zu nehmen.

Wie zuvor schon auf dem Solargipfel soll nun auch zugunsten der Windkraft das Kleingedruckte aller einschlägigen Verordnungen, Normen und Gesetzestexte durchforstet werden, um bremsende Bürokratie ausfindig zu machen – und zu eliminieren. „Den **einen** Hebel zur Beschleunigung gibt es nicht“, betonte Windkraft-Präsident Albers vor dem Treffen: „Der Teufel steckt oftmals im Detail des Fachrechts.“

Regeln für neue, höhere Windräder vereinheitlichen

Zu den Wünschen der Branche gehört, dass künftig jeder Windpark nach längstens sieben Monaten genehmigt sein sollte. Die Windlobby wünscht sich dabei eine „Genehmigungsfiktion“: Es soll nur eine Verlängerung der Genehmigungsfrist

